

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werththätigen Bevölkerung.

Telephon Nr. 926.)

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

(Telephon Nr. 926.)

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich Abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Johannisstraße 50, und die Post zu beziehen. Preis vierteljährlich M. 1.60. Monatlich 55 Pfg. Postzeitungsliste Nr. 4069 a, 6. Nachtrag.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Zeitspalte oder deren Raum 15 Pfg., für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 20 Pfg. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr Vormittags in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 38.

Freitag den 14. Februar 1902.

9. Jahrgang.

Hierzu eine Beilage.

Die Stagnation.

Wp. Die Handelskrisis schwindet nicht. Die Arbeitslosigkeit greift um sich. Die Krisis wird normaler Zustand. Als der industrielle Aufschwung auf seiner höchsten Spitze zusammenbrach, gerieth alles in Aufregung: da gab es ein Wuthgeschrei und ein Jammern und ein Zähneklappern. Die Bourgeoisie, in Tausend Mängeln um ihre Ersparnisse, lief Hände ringend zu der Regierung, sie sollte „Einkhalt thun“, sie wandte sich bittend, drohend, fluchend an die Banken, sie mögen treu ausharren, bis sie die bereits gefändigten Depots einziehen. Die Regierung antwortete beztichtigend und ermahnte zur Besonnenheit. „Ruhe, Besonnenheit“ riefen auch die Banken und beschuldigten an ihrem Zusammenbruch die übertriebene Angst des Publikums, das auf die Bankkassen Sturm lief. Jedoch Krach folgte auf Krach. Und die Verwirrung wuchs. Das war die akute Periode der Krisis. Jetzt aber befinden wir uns in ihrer zweiten Periode — der Stagnation.

In aller Stille stieg die Regierung vom stolzen Krappen des Aufschwungs ab und zog auf der Schindelmähre des Notstands, im Bettelkleid, beladen mit Defizit, neuen Steuern — und Forderungen, in den Reichstag ein. Statt dem Notstand zu wehren, erklärt sie sich selbst nothleidend. Wo man von ihr Hilfe erwartet, bittet sie selbst um Hilfe. Sie benutzt die Handelskrisis, um die Steuerschraube schärfer anzuziehen. Kurz, die Regierung hat es vorzüglich verstanden, sich nach den neuen Zuständen einzurichten.

Auch die Kapitalistenklasse hat sich in die neuen Verhältnisse hineingefunden. Einige wenige, denen die Krisis besonders hart zugesetzt hatte, griffen zur Pistole, ein paar Duzend traten in die Reihen der Pauper und benutzten ihre soziale Stellung von früher, um eine Schwindelergänzung zwischen Zuchtshaus und Armenhaus zu entdecken, etliche Hundert blieben am Rande des Abgrunds hängen, in den sie vielleicht noch hinunterpurzeln, vielleicht auch nicht, wenn zeitig genug eine neue Aufschwungsperiode den Geschäftsgang wieder in die Höhe bringt, — aber im Allgemeinen führte der innere Enteignungsprozess nur zur größeren Konsolidierung der Klasse. Die meisten sind jetzt ihre zweifelhaftesten Werte losgeworden oder haben sie einfach vom Konto gestrichen, wer Bankdepots hatte, hat sie in Sicherheit gebracht. Die Bilanz stellt sich im Vergleich zu der Zeit vor dem Aufschwung sehr günstig. Wie die Einkommensstatistik ausweist, hat sich der kapitalistische Reichtum überall stark vermehrt, und zwar so, daß die Steigerung dort am größten ist, wo auch das anfängliche Kapital am größten war. Ist auch der Zinsfuß gesunken, so gewährt doch das vermehrte Kapital reichlich die Möglichkeit, von den Zinsen zu leben. Nehmen wir konkrete Zahlen. Nach der Einkommensstatistik für 1900 gab es im Königreich Sachsen 4261 Steuerzahler mit je 20 000 M. und mehr jährliches Einkommen. Das sind keineswegs ebensoviele Familien, da neben dem Vermögen des Mannes auch jenes der Frau versteuert wird. Nach dem allgemeinen Verhältnis in Sachsen wären es höchstens 3000 Familien. Nehmen wir an, daß jede dieser Familien jährlich 20 000 M. verbraucht. Das reicht gewiß aus zu einem lukrativen Dasein. Das wären dann sechszig Millionen Mark, welche die sächsische Plutokratie jährlich zu ihrem Unterhalt braucht. Diese 4261 Familien versteuern aber ein Jahreseinkommen von 303 Millionen Mark! Es bleiben also jährlich noch über 240 Millionen, welche die sächsischen Millionäre „ersparen“! Man sieht, bei solchem Reichtum macht es nicht viel aus, wenn der Zinsfuß fällt. Die Lehre, welche diese reichen Leute aus der Krisis gezogen haben, ist, sich jedes geschäftlichen Risikos zu enthalten. Statt neue Unternehmungen zu gründen, den Betrieb der Fabrik zu erweitern u. s., sammeln sie jetzt Geld. Und da der Staat ihnen so gern entgegenkommt und einen sichern Zinsfuß bietet, so leihen sie Geld dem Staat. Sich durch Staatsschuldenscheine einen Antheil an dem Ertrag der Staatssteuern zu sichern, ist gegenwärtig das beste Geschäft.

Da aber die Kapitalanhäufung bereits zu kolossalen Dimensionen angenommen hat, um von der Staatsschuld aufgefressen werden zu können, so entsteht die Erscheinung, welche die Börse mit „Geldfülle“ bezeichnet. Wie die sogenannten „Geldknappheit“ zur Zeit der größten Anspannung des industriellen Aufschwungs, so bedeutet auch die „Geldfülle“ auf ein Mißverhältnis zwischen der Kapitalansammlung und der Erweiterung der Produktion hin, nur im umgekehrten Sinne: dort lag das Irrationelle darin, daß die Erweiterung der Produktion über das Maß der Kapitalakkumulation hinausging, insoweit ein Rest an Produktionsmitteln und Waaren sich bildete, der nicht mehr vom Kapital in seinem Werthungsprozess hineingezogen werden konnte, oder, was nur der Ausdruck desselben Verhältnisses auf dem Geldmarkt ist, der Kreditkapital fingirte, das nicht da war, insoweit die fälligen Zahlungen nicht mehr gedeckt werden konnten — Ueberproduktion und Geldknappheit, — hier aber ist umgekehrt die Kapitalakkumulation größer, als die Produktions-

erweiterung, weshalb eine Menge Geldkapital sich ansammelt, das nicht mehr in den Werthungsprozess eintreten kann — Ueberproduktion und Geldüberfluß. Geldkapital ist da und ist billig, nur ist es für die Industrie nicht zu haben. Dafür aber wird jetzt der Rentenmarkt förmlich überfluthet. Die Hypothekendarlehen, die soeben erst sich in den gewagtesten Bodenschwindel hineinließen, um nur einen hohen Zinsfuß herauszuwirtschaften, weil sie sonst kein Geld kriegen, wissen jetzt nicht mehr, wo sie ihre steigenden Einlagen unterbringen sollen. Nicht mehr die Verluste, der Ueberfluß ist es, unter dem das Kapital in dieser zweiten Periode der Handelskrisis am meisten leidet.

Die ganze Sorge des Industriellen ist nur noch, den Betrieb aufrechtzuerhalten. An Stelle einer weitaussehenden Unternehmungslust trat ängstliche Pfennigsucherei. Früher entschloß er sich leicht, Ueberstunden zu machen, obwohl diese theurer zu stehen kamen, er zahlte einen höheren Lohn, höhere Rohstoffpreise u. s., seine Lösung war: Absatz, schnelle Lieferung, Betriebserweiterung. Jetzt sucht er an jeder Kleinigkeit zu sparen und bedrückt auf das Schäblichste die Arbeiter. Er reduziert ihre Zahl auf das nur irgendwie zulässige Mindestmaß, beschneidet die Löhne, ersetzt Männer durch Frauen u. s. Kurz, wenn früher die falsche Kalkulation der industriellen Kapitalistenklasse darin bestand, daß sie durch einfache Steigerung der Waarenpreise den Profit höher steigern wollte, als den Mehrertrag — daß das unmöglich ist, darin offenbar sich das Werthgesetz — so sucht sie jetzt den Fehler dadurch gut zu machen, daß sie thatsächlich die Mehrwertssrate durch Verminderung des Arbeitslohns steigert. Der Unternehmer zeigt den Arbeitern die leeren Werkstätten, die stillstehenden Maschinen, weist ihnen aus den Büchern nach, wie rar die Aufträge geworden sind, und erklärt, daß er die Löhne kürzen müsse, weil er sonst sein Kapital nicht mehr verzinsen könne. Die Vermehrung des fixen Kapitals in Gestalt der Neuananschaffung von Maschinen u. s., die zur Zeit des Aufschwungs stattfand, lastet jetzt auf den Arbeitern, da der Unternehmer auf sein vermehrtes Kapital bei geringerem Umsatz aus einer verringerten Arbeiterzahl den gleichen Profit bzw. den gleichen Gewinnsatz herauszubringen will.

Stagnation! Die Eigenart einer Produktion unter der Handelskrisis. Nicht mehr der Zusammenbruch, aber die ewige Furcht vor dem Zusammenbruch. Kein jäher Sturz, aber auch kein Schritt vorwärts. Alle kapitalistischen Perspektiven sind geschwunden, geblieben ist die nackte Ausbeutung.

Währendem der kapitalistische Druck steigt, wird die Widerstandskraft der Arbeiter durch das schnelle Anwachsen der Reservearmee, durch Arbeitslosigkeit gelähmt. Stumm verlassen die Arbeiter die Fabriken, resignirt lassen sie sich Lohnminderungen gefallen. Hilfe ist nur noch auf einem Wege möglich — jenem der Gesetzgebung.

Aber auf dem Gebiet der Sozialpolitik herrscht nicht minder die Stagnation. Zwei Wochen lang lief unsere Fraktion Sturm gegen die sozialpolitische Indolenz der Regierung. Was ist das Ergebnis? Bedingt wohlwollende Redensarten, leere Versprechungen — und alles bleibt beim Alten! Nicht einmal zu einem Beschluß, um die Bedingungen bei ihren Versprechungen, so geringfügig diese auch sind, festzuhalten, konnte sich der Reichstag aufraffen. Und was die Regierung versprach, war in allen Fällen nur, Material zu sammeln, ob nicht dieses oder jenes sich vielleicht einmal — wer weiß, wann, wo und wie — durchführen lasse. Das sind nichts als Vertröstungen, um die Sache auf die lange Bank zu schieben. Die Wahrheit ist, daß die Regierung es einfach nicht wagt, das Unternehmertum durch Arbeiterschutzgesetz zu „beunruhigen“.

Aber wenn je der wirtschaftliche Moment günstig war, um die wichtigste Maßregel des Arbeiterschutzes, den Normalarbeitsstag durchzuführen, so ist es die Zeit der Geschäftsflaute mit ihren Feierschichten und Kürzungen der Arbeitszeit. Umso mehr Grund für die Sozialdemokratie, die Regierung, die Parteien, die Öffentlichkeit durch ihre Agitation fortgesetzt in Unruhe zu versetzen. Und unser nächster Schritt nach dieser Richtung muß die Einbringung des sozialdemokratischen Gesetzentwurfs über den Achtstundentag sein.

Deutscher Reichstag.

(Originalbericht des „Lübecker Volksbote“.)

Berlin, den 12. Februar 1902.

Im Reichstag wurde heute der Etat des Reichsjustizamtes zu Ende berathen. Den Mittelpunkt der Debatten bildeten wieder die Duellanträge des Zentrums und der Freisinnigen. Fast jeder Redner ging darauf ein. Der freisinnige Abg. Lenzmann forderte energisch die Annahme des Antrages Schrader, der Staatsbeamte, welche sich duelliren, ihres Amtes entkleiden will. Im Uebrigen spendete er im Gegensaß zu seinem Kollegen Müller dem Reichsjustizamt ein für oppositionelle Gemüther ganz unverfändliches Lob. Freilich mußte auch er zugeben, daß manches besser sein

könnte, daß verbrecherische Polizeibeamte zu oft begnadigt werden, daß der stiegende Gerichtsstand noch immer nicht beseitigt sei und daß es nicht gut war, daß der Staatssekretär in die Prügelgefäße des Fürsten Reuß nicht eingegriffen habe. Sein Vorwurf, daß der Bundesrath einzelne Materien nicht regelt, weil Initiativanträge vom Reichstag vorliegen, veranlaßte eine schwache Erwiderung des Staatssekretärs.

Während dann Herr v. Levetzow nur einige leere Phrasen gegen das Duell hatte, ging der Zentrumsabgeordnete Gröber diesem Unfug scharf zu Leibe und verwarnte sich dagegen, daß man eine Scheidung zwischen Tötung in formenmäßiger und Tötung in unformenmäßiger Weise vornehme.

Eine längere Diskussion knüpfte sich an die Prügelrede des Herrn Vertel. Der freisinnige Abgeordnete Müller-Meinigen bewies dem „gladiator moriturus in weißer Weste“ und dem „Zitatenjongleur“, daß er Grillparzer und Tolstoi gar schlecht gelesen habe und Genosse Stadthagen wies ihm dasselbe von Goethe nach. Daß Frömmigkeit nicht immer vor Verbrechen schützt, zeigte Stadthagen dem frommen Bündler an dem Beispiele der Herren Sanden und Terlingen. Im übrigen hielt unser Genosse seine Behauptungen über den Juidauer Fall aufrecht und gestellte noch einmal die herrschende Klassenjustiz.

Genosse Heine charakterisirte in scharfen Worten das preussische Bureaokratenthum und verlangte entschiedene Wahrung des Gesetzgebungsrechtes des Reichstags. In einer Verschärfung des Beleidigungsparagraphen erkennt er mit Recht nur eine Ausnahmegesetzgebung gegen die oppositionelle Presse.

Gegen Schluß der Sitzung nahm auch noch Genosse Peus das Wort, hauptsächlich, um den unerhörten Fall der Zeugnißverweigerung seitens der anhaltinischen Regierung zu geißeln, der in dem bekannten Prozeß des anhaltinischen Parteivorgans wegen der Mißstände in dem staatlichen Bernburger Krankenhaus vorgekommen ist.

Morgen beginnt die Berathung der Reichspost- und Telegraphen-Verwaltung.

141. Sitzung. Mittags 1 Uhr.

Am Bundesrathstisch: Niederding.

Die 2. Berathung des Etats wird beim Etat des Reichsjustizamts (Tit.: Staatssekretär) fortgesetzt.

Lenzmann (Zp.): Ich halte es nicht für angebracht, die Aktiengesellschaften unter polizeiliche Kontrolle zu stellen. Das Proportionalwahlrecht bei den Aufsichtsrathswahlen würde den Aufsichtsrath nur mit unnützen Elementen belasten. Die Rechtsanwaltschaft werden von den Behörden nicht ganz gleichmäßig mit den Staatsanwälten behandelt. Wenn ein Rechtsanwalt so, wie Herr Caus gehandelt hätte, wäre er sicher wegen Verächtlichmachung von Staatsurtheilen angeklagt worden. — Es sind gestern eine Reihe berechtigter Klagen über die schlechte Behandlung des Anwaltschaftsandes vorgebracht worden. Wir gehen aber zur Abstellung dieser Mißstände nicht soweit, wie die Agrarier im Birkus Buch, die Gott, der doch der Gott aller Menschen ist, anrufen, er möge dafür sorgen.

Präsident Graf Ballestrem: Herr Abgeordneter, wir sind beim Justizetat. (Interjekt.)

Lenzmann (fortfahrend): Der beste Schutz gegen den Duellunfug ist, daß die Duellanten ihres Amtes entkleidet werden, wie es der Antrag Schrader will. Auch darf der Duellgegner weder gesellschaftlich, noch von den Behörden insamirt werden. Im Gegensatz zu meinen Freunden glaube ich, daß bei keinem Reichsamt so sehr der gute Wille herrscht, die Wünsche des Volkes zu erfüllen, als beim Reichsjustizamt und dem Herrn Staatssekretär. Wenn der Herr Staatssekretär nicht mit seinen Wünschen durchbringt, so ist das nicht seine Schuld. Doch muß ich mein Lob etwas einschränken; der Grund des Herrn Staatssekretärs, die Regelung einzelner Materien könne vom Bundesrath nicht vorgenommen werden, weil Initiativanträge des Reichstags zu derselben Sache vorliegen, ist sehr wenig juristisch. Im Falle Breitenbrunn trifft die Schuld die Polizeibehörde. Ich bin gewiß ein scharfer rother Demokrat (Rufe bei den Soz.: Au! Hürkeit!), ich kann dem aber nicht bestimmen, daß sich in vielen richterlichen Erkenntnissen ein bestimmter politischer Geist wiederpiegelt. Scharf zu tadeln ist, daß verbrecherische Polizeibeamten so oft begnadigt werden. Auch gegen das Vorgehen des Fürsten von Reuß muß vom Reichsjustizamt Beschwerde erhoben werden. Niemals darf eine Begnadigung zu einer im Gesetz nicht vorgesehenen Strafe erfolgen.

Präsident Graf Ballestrem: Herr Abgeordneter, Sie dürfen über das Begnadigungsrecht im Allgemeinen sprechen, nicht aber einzelne Fälle heranziehen. Außerdem steht dieser Fall keineswegs still, sondern ist nur durch Zeitungsnachrichten verbreitet. Ich bitte Sie also, auf diesen Fall nicht weiter einzugehen.

Lenzmann (fortfahrend): Wir fordern weiter die Beseitigung des stiegenden Gerichtsstandes der Presse und eine Einschränkung des Mißbrauchs, der mit dem groben Unfugparagraphen getrieben wird. (Bravo! links.)

Staatssekretär des Reichsjustizamts Niederding: Das Lob, das mir Herr Lenzmann zuthun will, werde ich mir nicht gerade aneignen, da es auf Kosten anderer Forderungen des Reiches erfolgte. Auch folgte der kleinen Rede nach r ein recht lauges Ständeregister. Der Herr Vorredner hat auch meine Bemerkung über die Initiativanträge getabelt. Thatsache ist aber, daß, solange Initiativanträge über eine Materie im Ganzen verhandelt werden, die Regierung nicht mit einer Novelle in derselben Sache hervortreten kann. Wenn der Reichstag hier Initiativanträge verhandelt, so bekundet er damit seinen Willen, daß aus der Mitte des Hauses

beraus eine gefeggebende Frage zum Abschluß gebracht werden soll. Schließlich möchte ich feststellen, daß sich Herr Benzmann irrt, wenn er meint, daß in Majestätsbeleidigungssachen nicht häufig Urträge auf Begnadigung gestellt werden. Gerade das Gegenteil ist der Fall.

Dr. v. Levetzow (R.) erwidert dem Abg. Benzmann, daß seine Freude einzig darin besteht, die Verurteilung solcher Mißgriffe, wie sie im Falle Breitenbeck vorgekommen sind. Die Duellanten sind vom Uebel, würden sich aber nicht ganz aus der Welt schaffen lassen, weil die Menschen eben schwach sind. Der Antrag Gröber gehe seiner Partei zu weit, der Antrag Schrader sei schon eher anzunehmen. (Bravo! rechts)

Stadthagen (SD.) kommt nochmals auf den Bwidauer Fall zurück und hält seine Angaben in allen Punkten aufrecht. Die Angeklagten sind dort gut weggekommen, weil sie, wie der Vorredner in der Urteilsbegründung sagte, „Söhne hochachtbarer Eltern“ seien. Ich beklage nicht, daß diese Leute kein Gefängnis bekommen haben, sondern ich beklage, daß hier Klassenjustiz gräßlicher Art geübt ist im Vergleich zu dem Rüstiner Urteil. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Redner polemisiert gegen die Abgg. Benzmann und Dr. Dertel. Herr Dertel hat als Hauptgrund für die Zuzahme jugendlicher Verbrecher die Abneigung von der Religion bezeichnet. Hölle war so vollgeproppelt mit Höllebrütern, daß der Untersuchungsrichter erkrankt war. Auch Sünden und Todsünden waren sehr religiös. Aus der Statistik kann man beweisen, je stärker der Kirchenbesuch ist, desto stärker tritt das Verbrechen auf. Herr Dertel hat sich dann schließlich auf Goethe berufen: seine Schriften seien geeignet, der Ausbreitung der sozialdemokratischen Anschauung entgegenzuwirken. Ich erinnere ihn an den Faust 2. Teil, wo im Holzhauserlied die Klassenunterschiede so treffend geschildert sind, wie kaum je von unserer Seite. Weiter erjuche ich ihn jene Stelle, die ich hier schon einmal zitierte, mit dem zu vergleichen, was die Sozialdemokratie als ihr Endziel hinstellt. Faust spricht am Schluß des zweiten Theils von seinem Lebensziel, er möchte einen großen Sumpf trocken legen und urbar machen. Redner zitiert die ganze Stelle, die schließt:

Ja, diesem Sinne bin ich ganz ergeben,
Das ist der Weisheit letzter Schluß . . .

(Stimme des Präsidenten.)

Vizepräsident Graf Stolberg-Wernigerode: Herr Abgeordneter, ich möchte Sie bitten, die Zitate aus Goethe, die doch mit dem Reichstagsamt in einem sehr losen Zusammenhang stehen, (Heiterkeit) nicht zu weit anzubehngen.

Stadthagen (fortfahrend): Es sei mir nur noch gestattet, diese eine Stelle zu zitieren:

„Das ist der Weisheit letzter Schluß
Nur der verdient sich Freiheit wie das Leben
Der täglich sie erobern muß.
Soll ein Gewimmel nicht ich sehen
Auf freiem Grund mit freiem Volke stehen.“

Wenn Herr Dertel sich Goethe weiter annehmen wollte, so wird er finden, daß der Dichter an sehr vielen Stellen Ansichten ausspricht, die sich mit denen der Sozialdemokratie decken. Bei der Behandlung der Prügelstrafe hat Herr Dertel dann eine unwahre Behauptung über unsere Parteigenossen, Rechtsanwältin Liebkecht, ausgesprochen, die dieser in der Presse bereits zurückgewiesen hat. Wenn Herr Dertel die Unwahrscheinlichkeit nicht zurücknimmt, wird er die Achtung, die man seinen Reden möglicher Weise noch schenkt, ganz verlieren. Die Herren, die das Duell beschönigen, beschönigen den Nord. In ehrenhaften Kreisen ist das Schiedsgericht bei Streitigkeiten längst üblich. Sollen wir warten, bis der rückständigste Theil der Bevölkerung den Sinn der Ehrengerichte begriffen hat? Ich schließe mit der Bitte, den Duellantrag des Zentrumsmöglicht einstimmig anzunehmen. Die Gegner laden den Verdacht auf sich, für die Aufrechterhaltung einer Nothwehr einzutreten. (Bravo! bei den Soz.)

Dr. v. Levetzow (Z.): Unser Duellantrag ist auf der Theorie der gerechten Vergeltung aufgebaut. Von einer Verschärfung der Beleidigungsstrafen erwarten wir keine Wirkung für die Verminderung der Duelle. In Italien kommen trotz der schweren Beleidigungsstrafen sehr viel Duelle vor, in England, wo die Strafen für Beleidigung sehr niedrig sind, kommen Duelle fast gar nicht vor. Bei den schwersten Duellen handelt es sich gar nicht um Beleidigung. Unrichtig ist, daß unser Antrag in allen Fällen den Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte für die Duellanten vorsieht. Wir schlagen einfach Befreiung aller Privilegien für das Duell vor. Beim Duell handelt es sich nicht nur um Tödtung, sondern um mit vorzüglicher Ueberlegung ausgeführte Tödtung; wir wollen keine Scheidung zwischen Tödtung in kommissarischer und Tödtung in nicht kommissarischer Weise, wie ihn das Gesetz heute macht. Hier ist nicht von Standesbeleidigung die Rede, sondern von Standesverwundung. Wir wollen das Duell als das anerkannt wissen, was es ist, als Verbrechen gegen das Leben. (Bravo! bei den Soz.)

Dr. Müller-Weinungen (Zp.): Zunächst muß ich noch mir gewissen Mißverständnissen feststellen, daß Herr Falkenhagen die Macht nach dem Duell durchaus einwandfrei verbracht hat. Ich würde mich, daß die gegenseitige Meinung in der Presse nicht demontiert wurde. Die Erklärungen des Staatssekretärs haben mich in diesem Jahre besonders wenig beunruhigt. Das Reichsjustizamt ist doch nicht bloß eine Reichsgesetzfabrikationsanstalt. Herr Niederding hätte sich in der von mir angeregten Ehrenreifefrage ganz anders verhalten müssen. Auch die Behandlung der Angeklagten im Treibschiffprozeß hätte ihn zum Eingreifen veranlassen müssen. Herr Egner, der Hunderte von Ehrenreife auf dem Gewissen hat, soll in ganz dritterhandiger Weise behandelt werden. Das steht im schreienden Widerspruch zu der Behandlung politischer Gefangener. Herr Dr. Dertel hat gestern eine große Rede für die Prügelstrafe gehalten. Ich kann mich mit dieser Rede jetzt beschäftigen, da Herr Dertel jedoch den Saal betreten hat. (Widerstand des Abg. Dertel.) Entschuldigend Sie Herr Dertel, aber Sie haben heute ausnahmsweise eine schwarze Rede an, so daß ich sie überhört. (Große Heiterkeit, Abg. Dertel lächelt seinen Kopf an) und jetzt eine weiße Rede; mannealange härmliche Heiterkeit. — Die geirte Rede gleich der früheren Rede des Herrn Dertel über die Prügelstrafe wie ein Ei dem anderen, dieselben Ausdrücke, dieselben Zitate (Heiterkeit), sogar dieselben Witz (erwachte Heiterkeit). — Borgelesen ist aus Herr Dertel als gladiator mortuus (todgeweihter Körper) in Julius Cäsar aufzutreten, ein Gladiator in weißer Bekleidung. (Große Heiterkeit. Stimme des Präsidenten.)

Herr Graf Salferem: Die Verhandlungen im Fiskus-Buch gehören nicht zum Reichstagsamt. (Sehr richtig! rechts. Heiterkeit)

Dr. Müller-Weinungen (fortfahrend): In der Prügelstrafe hat Herr Dertel denn als Präsenzenangewandter aufgetreten. (Umrufe rechts. Große Heiterkeit links.)

Herr Graf Salferem: Herr Abgeordneter, es widerspricht der Ordnung des Hauses, einen Kollegen als Jonglier zu bezeichnen. (Sehr richtig.) Ich bitte Sie, sich in Ihren Ausdrücken zu weigern, sonst würde ich gezwungen sein, strengere Maßnahmen gegen Sie anzuwenden. (Beifall rechts.)

Dr. Müller-Weinungen (fortfahrend): Es lag mir natürlich sehr fern, dem Kollegen Dertel irgendwas zu nahe zu treten. Herr Dertel hat denn mit Zitate bewiesen wollen, daß Salferem und Dertel, sogar Professor Gies, Anhänger der Prügelstrafe seien. Das ist aber total unrichtig. In meinem offenen Brief an den Fiskus und jene Leute spricht sich Lothar selbst über die Prügelstrafe aus: „Man muß vor allem anderen die Prügelstrafe ganz überflüssig bezeichnen.“ So spricht Lothar über die Prügelstrafe. (Widerstand des Abg. Dertel.) Herr Dertel hat die Prügelstrafe nicht einzuweisen; er sagte, er habe nicht die geringste Ahnung, daß er einmal davon sprechen würde. Das gleiche ist ihm geschehen. Er ist viel zu konservativ, als daß er

einen Fürsten oder einen Reichskanzler beleidigt. (Heiterkeit links.) Dem sächsischen Bundesratsbevollmächtigten gegenüber halte ich meine Behauptung aufrecht, daß die Werke eines Schriftstellers als Ganzes behandelt werden müssen. Tolstoi ist ein Vorläufer gegen allen mittelalterlichen Aberglauben, er ist ein Freigeist und deshalb haben wir keine Ursache, seine Werke zu verbieten. — Zum Schluß möchte ich den Staatssekretär bitten, nicht allzu langsam bei der Reform des Strafgesetzbuches vorzugehen. Er könnte sich sonst nicht nur die ganze Hand dabei verbrennen, sondern auch sein Amt verlieren. (Bravo! links. Umrufe rechts. Staatssekretär v. Niederding verbeugt sich nach dem Redner hin.)

Herr Dertel (SD.): Herr Dertel behauptete mir gegenüber, nicht alle Junker seien Lucullanten; nun, es giebt auch bürgerliche Junker, und die Hauptsache ist, daß das Duell von den Junkern bestanden. Nebenarten, wie sie Herr v. Levetzow vorbrachte, nützen nichts, aber auch der Antrag Gröber verfehlt seinen Endzweck. Verschärfung der Beleidigungsstrafen wird nur gefordert, um ein Ausnahmegesetz gegen die politische Opposition zu schaffen. Es laufen doch nur solche Leute wegen Beleidigung gleich zum Richter, bei denen nicht alles stimmt. Wenn die Betroffenen gar keine Klage stellen wollen, dann kommen die Staatsanwälte und bitten darum, Strafantrag zu stellen. So kommen die vielen Klagen gegen die Oppositionspressen zu Stande. Was verweist uns auf die Landtage, aber Sachen, die das Reich angehen, gehören doch nicht vor den Landtag. Dieses Abwälzen auf andere Instanzen ist für das ganze bürokratische System charakteristisch. Der zweite Grund, daß die Gesetzgebung nicht vorwärts kommt, liegt im Streben der Bureaucratie, ihre Macht zu stärken, sie möchte am liebsten auf dem Verwaltungsweg die Mißstände beseitigen, wir verlangen aber, daß das Gesetzgebungsrecht des Reichstages gewahrt wird und wollen nicht von der Gnade des Herrn Staatssekretärs abhängig sein. (Bravo! b. d. Soz.)

Herr Dertel (SD.): Wenn die Gesellschaftsklasse des Herrn Dr. Dertel wirklich den Ehebruch so scharf verurtheilt, dann wäre doch Falkenhagen kein Ehrenmann und nicht intelligenzfähig gewesen. Die Frage der Prügelstrafe darf nicht vom Gefühl beurtheilt werden, man muß vielmehr an das Gesetz von Ursache und Wirkung denken, um einzusehen, daß die Prügelstrafe gegen Nothwehrvergehen nichts nützt. — Redner führt Beschwerde darüber, daß in dem bekannten Prozeß wider den Redakteur des „Anhalter Volksblattes“ dem Staatsbeamten die Aussage wegen Gefährdung des „Wohls des Staates“ verboten worden ist. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Herr Kirsh (Z) tritt für den Schutz der Bauhandwerker ein. Dem Herrn Staatssekretär möchte ich fragen, ob er sich verpflichten kann, einen Entwurf der Regierung gegen das Duell vorzubringen, wenn unser Antrag Annahme findet.

Staatssekretär v. Niederding: Wird die Resolution angenommen, so wird sich die Regierung mit der Duellfrage beschäftigen.

Damit schließt die Diskussion.

Der Titel I wird bewilligt, ebenso der Rest des Etats ohne weitere Debatte.

Nächste Sitzung: Donnerstag 1 Uhr. (2. Beratung des Entwurfs betr. die Kontrolle des Reichshaushalts, Etat der Reichspost und Telegraphenverwaltung.) Schluß 6 1/2 Uhr.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Für die Reichstagswahl im Kreis Gerolden-Rastenburg wird für die sozialdemokratische Partei der Genosse Gutsbesitzer Ehard-Kommorowen kandidieren. Ehard ist in dem Wahlkreise nicht unbekannt. Schon bei der Wahl im Jahre 1893 war er dort Kandidat der Sozialdemokratie. Der Name Ehardts ist in Ostpreußen und darüber hinaus bekannt. Ehard gilt als ein Muster-Landwirth. In der wissenschaftlichen sozialdemokratischen Zeitschrift, der „Neuen Zeit“, ist er wiederholt als Schriftsteller hervorgetreten, mit Artikeln, die Fragen der Landwirtschaft und zwar besonders die Frage der Landarbeiter behandeln. Ehard hat bewiesen, daß es in der Landwirtschaft einen Arbeitermangel nicht zu geben braucht. Er hat gezeigt, daß in der Landwirtschaft nicht nur eine kurze Arbeitszeit möglich ist, sondern daß auch die Arbeiter anständig entlohnt werden können. Seit einigen Jahren erhalten die Ehardtschen Arbeiter auch einen nicht unbeträchtlichen Antheil am Reingewinn außer dem Lohn. Wir glauben, daß die Kandidatur Ehardts ein glückliche ist und zweifeln nicht daran, daß es der eifrigen Agitation unserer Genossen gelingen wird, die Zahl der Stimmen, die für unseren Kandidaten abgegeben wird, gegen die letzte Wahl erheblich zu steigern.

Der Kaiser und die öffentliche Meinung. Die „Frankfurter Zeitung“ erzählt: „Am 27. Juli hatte der Kaiser in Bremerhaven seine Hunnenrede gehalten (Kardou wird nicht gegeben), die allenthalben so großes Aufsehen erregte. In den Tagen, die ihr folgten und die an Betrachtungen über diese Rede gar reich waren, hatte der Kaiser Herrn Hofrath Ludwig Barnay in Wiesbaden seine mit einer eigenhändigen Widmung versehene Photographie überreicht. Und auf diesem Bilde war zu lesen:

„Ich kann beruh von meinem Thier
Auf das Gehudel unter mir!“

Es ist dies kein eigentliches Zitat, sondern eine Reminiscenz aus „Wallensteins Lager“. Dort spricht der erste Kürassier, nachdem er die Vorzüge eines friedlichen bürgerlichen Lebens geschilbert, die Worte:

„Ja, — ich hab' kein Gewüß dazu,
Frei will ich leben und also sterben,
Niemand heranzu und niemand beerben
Und auf das Gehudel unter mir
Beißt wegzuhauen von meinem Thier!“

Die Zolltarifkommission des Reichstages nahm Mittwoch nach einer nochmals recht ansiebigen Debatte den freisinnigen Antrag im Zolltarifgesetz an, der die Aufhebung der sächsischen Lebensmittelsteuer vom 1. April nach dem Inkrafttreten des Zolltarifs ausspricht. Gegen den Antrag stimmten nur die Nationalliberalen und aus einem besonderen Grunde der Abgeordnete der freisinnigen Vereinigung, Gothein, der die Aufhebung erst 1908 gewünscht hatte. Daraus wurde beschlossen, die weiteren Anträge, welche die Verwendung der Einnahmen aus den Zollhöchungen betreffen, bis zum Schluß der Berechnung zurückzustellen. Daraus wurde § 11 des Gesetzes, Strafbestimmungen enthaltend, angenommen. Ueber den § 12, der das Inkrafttreten des Zolltarifs behandelt, und bei dem die Frage der Kündigung und Erneuerung der Handelsverträge besprochen wird, soll in verträglichster Sitzung verhandelt und eine Verichterstattung an die Fraktionen zugelassen werden. — Der bereits vor längerer Zeit angekündigte Antrag auf Veranlassung einer parlamentarischen Enquete über das Vorhandensein

eines Nothstandes in der Landwirtschaft ist über die Ursachen eines eventuellen Nothstandes, die Ursachen einer eventuellen Steigerung der Produktionskosten, der bereits früher angekündigt war, ist jetzt vom Abgeordneten Gothein aus der freisinnigen Vereinigung der Zolltarifkommission vorgelegt worden.

Gegen den Totalisator. Wie der „Volksztg.“ aus Rußland geschrieben wird, hat der Adel des Gouvernements Moskau auf einer Versammlung beschlossen, beim Ministerium des Innern um Abschaffung des Totalisators zu petitioniren. Auf der Versammlung fanden erregte Debatten über die Schädlichkeit des Glücksspiels beim Totalisator statt. Ein Richter führte aus, er habe in seiner Praxis erfahren, daß von 10 Defraudanten mindestens 4 in Folge von Verlusten beim Totalisator ihr Verbrechen begangen hätten. Die über 200 Personen zählende Adelsversammlung nahm einstimmig den Abschaffungsbeschluß an. — In Deutschland sind die Junker die wärmsten Freunde und Protectoren des Totalisators, ungeachtet der Verheerungen des Volkswohlfandes, die er anrichtet.

Kleine politische Nachrichten. Die Reichstags-erwahl im Wahlkreise Elbing-Marienburg findet am 3. April statt. — Die Budgetkommission des Reichstages legte Mittwoch von der Forderung der Festlegung rund 4 Millionen ab. Für die Beschäftigung des Oberbergs wurden 1/2 Millionen Mark bewilligt. — Der Verein der Berliner Butterkaufleute hat an den Reichstag eine Petition gerichtet, die im Zolltarif vorgesehene Erhöhung des bestehenden Zolles auf Butter, Eier, Käse abzulehnen. Die Kriegsveteranen können warten. Eine parlamentarische Konferenz erklärt „von gut unterrichteter Seite“, daß der in diesen Tagen bereits als bevorstehend angekündigte Nachtragsetat, mit Ausweisung einer bestimmten Summe für bedürftige Kriegstheilnehmer, der den im Antrage Dr. Avenches ausgesprochenen Wünschen entsprechen soll, noch in weitem Felde steht! — Agrarminister hat wieder einmal die agrarische Presse, als sie behauptete, an der Generalversammlung im Fiskus-Buch, der 5500 Sitzplätze enthält, hätten 15 000 Mitglieder Theil genommen! Im Gegenjage dazu konstatiert die „N.N. Ztg.“, daß man lange leere Banreihen in den Vorjahren wie gesehen habe, und Hunderte von Zuhörern zogen im Verlaufe der Reden wieder ab, und zwar in recht entwürdigter Stimmung. Und dazu muß man noch in Betracht ziehen, daß sich unter den Anwesenden wieder zahlreiche Frauen, Offiziere und Enghirzig-Freiwillige in Uniform befanden. Wie ist so etwas möglich? — Unter Hinweis auf § 92 R.-Str.-G.-B. ist dem Bezirksamt in Karlsruhe eine Verfügung ausgegangen des Inhalts, Mittheilungen über Befestigungsarbeiten fernherin nicht mehr zu veröffentlichen. Die Verfügung geht davon aus, daß durch derartige Veröffentlichungen der Spionage Vorhub geleistet und dadurch dem Interesse der Landesverteidigung Abbruch gethan wird. — Infolge der Herstellung der deutschen Missionsanstalt in Jaquien wurde, wie offiziös aus Berlin gemeldet wird, sofort der „Tiger“ nach Kanton entsendet, dem nöthigenfalls von Singapore aus weitere Verstärkungen zur Verfügung stehen. — Bei dem am 17. d. M. vor dem Schwurgericht in Hannover beginnenden Prozeß gegen den Domänenpächter Falkenhagen wegen Duellmordes wird nicht nur der alte Rudolf v. Bennigsen und der Vater des Angeklagten, der Amtsrath Falkenhagen, vernommen werden, sondern auch die Schwester der Frau v. Bennigsen, Frau v. Schelen aus Leipzig, und die Stummbanten. Die ganze Verhandlung wird unter Ausschluß der Öffentlichkeit stattfinden, da die Vorgeschichte des Duells eingehend erörtert werden soll. Voranschichtlich wird auch Frau v. Bennigsen als Zeugin geladen werden. — Auch der russische Militärbesetzungsexprozeß, den wir jüngst ankündigten, hat mit einem Mißerfolg geendet. Aus Theresopol wird gemeldet: Gegen 21 junge Leute aus Janobacz war ein Strafverfahren wegen Selbstverwundung durchgeführt, weil sie sich das Tommell durchbohrt haben, um der Militärpflicht zu entgehen. Der Gerichtshof sprach die Angeklagten frei, weil die mit Strafe bedrohte Handlung verjährt sei. — Ein Senationsgeschichtchen, das sich am 10. d. M.getragen haben soll, wird dem „V.A.“ aus Belgrad (Serbien) berichtet: Zwei Wachtposten, welche unmittelbar vor den Gemächern des Königs-paars Wache hielten, wurden bewußtlos aufgefunden: sie waren eingeschläfert worden. Dem herbeigerufenen Postarzte erzählten sie, als sie das Bewußtsein wiedererlangten, sie erinnerten sich bloß, daß eine Frauengestalt an ihnen vorbeigegangen sei, der ein Offizier folgte. Mehr konnten sie nicht ansagen, da der diensthührende Adjutant ein weiteres Verhör verhinderte. Beide Soldaten befinden sich nicht mehr in Belgrad.

Niederlande.

Kolonialbestialitäten. „Het Volk“, unser Parteiorgan, veröffentlicht folgende Schilderung eines Soldaten aus dem Krieg gegen die Achehs: „Nach ein paar Tagen Ruhe gingen wir wieder auf Refognozirung aus und kamen auf einen Platz, wo noch nicht viel Truppen gewesen waren. Die Gegend war dicht bewohnt. Wir fanden dort eine ganze Kette betender Achehs, mit ihren Waffen neben sich. So lange sie dort sitzen blieben, mochten wir uns nicht an sie heranmachen, aber — wir mußten uns vorsehen. Pflicht gebietet. Leutnant Kolonell Hooijer hat gesagt: Muth ist schön, Klugheit schöner, doch Pflicht ist das Schönste. Wir gaben dann auf die betenden Achehs einigje Salven ab, so daß sie eiligst nach dort befördert wurden, wo sie in ihrem Gebet so gerne sein wollten. Wir steckten das Dorf in Brand, es sah aus, als ob Amsterdäm in lichter Lohe stände. — Bei den Jügen leidet der Soldat oft Mangel an Nahrung und an diesem Tage hatten wir Mangel. Wir sahen uns um, ob wir nicht was Gutes finden würden. Wir kamen zurück mit Enten, Hühnern und Eiern.“ — Diebstahl und Brandstiftung und Mord an in Gebet versunkenen Menschen, das ist die Kulturarbeit, die im Namen der holländischen Regierung auf Sumatra geleistet wird.

Belgien.

In der Kammer begann Mittwoch die Generaldebatte über das allgemeine Wahlrecht. Abg. Bethune, der seinen Bericht auf den Tisch des Hauses niederlegte, wurde, wie Wolffs Bureau meldet, von den Sozialisten mit den Rufen: „Verrüger! Dieb!“ empfangen. Man wirft ihm vor, die Wahlrechte gefälscht zu haben. Bethune erwiderte, daß das Schwurgericht ihn von dieser Anklage freigesprochen habe. Smeets (Sozialist) griff ihn fortgesetzt heftig an, obgleich der Präsident ihm das Wort entzogen hatte. Der Präsident erklärte sofort die Sitzung für geschlossen und bedeckte sich. Die Mitglieder der Rechten erhoben sich unter lärmenden Rundgebungen der Linken von ihren Sitzen. Die sozialistischen Abgeordneten wurden beim Verlassen der Kammer von einer großen Menschenmenge lebhaft begrüßt; ein großer Theil derselben begab sich im Zuge nach dem Volkshause, wo sich die Manifestanten ohne Zwischenfall zerstreuten.

Finland.

Eine neue Massenadresse der Finländer. Nachrichten aus Helsingfors zufolge, bereitet das finnische Volk abermals eine Massenadresse an den Zaren wegen der Vergewaltigung des Landes vor. Da die einheimische Heeresorganisation den wichtigsten Grundstein der Selbstständigkeit Finnlands und die erste Bestimmung seiner Grundgesetze darstellt, so wird in der Adresse gebeten, wenigstens in diesem Punkt das Land zu schonen. Bekanntlich bildete das Ziel der ersten, vom Zaren unberücksichtigt gelassenen Massenadresse ebenfalls die Respektierung der Heeresorganisation. Die finnischen Truppen sind, wie schon öfter gemeldet, bereits aufgelöst. Gegenwärtig sind für die Adresse etwa 7000 Unterschriften gesammelt und die Sammlung wird fortgesetzt. Bemerkenswert ist, daß auch viele in Finnland lebende Russen die Adresse unterschreiben; das Unrecht muß also so tief empfunden werden, daß das Gefühl des nationalen Widerstandes, von dem die finnischen Russen nicht ganz freizusprechen sind, verschwindet.

Italien.

Catania auf Sizilien, war, wie man der „Fels. Btg.“ aus Rom drachtet, Dienstag der Schauplatz großer Unruhen. Die Polizei suchte die Gefahren des Konfettiwerfens einzuschränken und verhaftete einige Widerpassige. Die Menge nahm diese in Schutz und bombardierte die Polizei mit Steinen. Alarmgeschiffe eines Polizisten verwundeten einen Knaben, worauf die Tumultanten revolvirten. Sie verbrannten Karnevalswagen und Orchesterbühnen, zertrümmerten die Fenster des Theaters, und Gaslaternen. Der Tumult dauerte fünf Stunden. Der Steinregen verwundete sieben Polizisten und drei Carabinieri. Im Ganzen gab es 25 Verwundete. Sofort wurden alle Karnevalsfestlichkeiten verboten. Neue Unruhen werden befürchtet.

Transvaal.

Vom südafrikanischen Kriegsschauplatz. Ein britischer Transport, bestehend aus 60 Eselwagen, 100 Mann Infanterie und 60 Reitern, wurde unterwegs von Beaufortwest nach Fraserburg (Kapkolonie) von den Buren überfallen und kapitulirte. Die britischen Verluste sind außer Gefangenen 2 Offiziere und 11 Mann todt, sowie 2 Offiziere und 47 Mann verwundet. Ferner überfielen die Buren erfolgreich die Kolonne Doran nahe bei Calvinia (Kapkolonie). Die britischen Verluste betragen 3 Offiziere und 19 Mann todt, sowie 17 Verwundete und viele Gefangene. Nun sagt noch Einer, daß die englische Berichterstattung lügt, wenn sie die Kapkolonie für gesäubert erklärt! — Nach der Mittwoch veröffentlichten Verlustliste vom 8. Februar wurden bei Nanton und Derzhoeft 5 Mann getödtet, 6 schwer und 3 leicht verwundet.

Japan.

Ein neuer Zweibund. Ein englisch-japanisches Abkommen zum gegenseitigen Schutz der Interessen in Ostasien wird vom englischen Auswärtigen Amt veröffentlicht. Der Inhalt desselben ist im Wesentlichen folgender: Aufrechterhaltung des jetzigen Zustandes, die Unabhängigkeit von China und Korea. Wenn einer der beiden Vertragsschließenden in einen Krieg mit einer anderen Macht verwickelt wird, soll der andere Theil strenge Neutralität bewahren und sich bemühen, zu verhindern, daß andere Mächte sich an den Feindseligkeiten gegen einen Verbündeten betheiligen. Wenn irgend eine andere Macht sich den Feindseligkeiten gegen einen Verbündeten anschließt, wird die andere Partei ihm zu Hilfe eilen, den Krieg mit ihm gemeinsam führen und in wechselseitigem Einvernehmen Frieden schließen. Das Abkommen tritt sofort in Kraft und bleibt fünf Jahre in Geltung. — Der neue Zweibund zeigt bei seinem Abschluß ein sehr charakteristisches Merkmal: England hat keine Soldaten und Japan kein Geld disponibel. Es ist nicht daran zu zweifeln, daß sich der asiatische Zweibund in erster Linie gegen Rußland richtet, dessen Vorgehen in der Mandchurie die Eifersucht Englands auf's Schärfste angestachelt hat. Vermuthlich wird Rußland seine Rebange nunmehr in Afghanistan suchen, um Uebergriffe sich aber von dem neuen Bunde nicht gar sonderlich imponieren lassen. Bedeutsam ist das Eingeständniß nach außen hin, daß das England Chamberlains, das seit längerer Zeit sich den Anschein gab, auf seine „glänzende Isolirtheit“ stolz zu sein, diese Vereinigung schließlich doch nicht so verlockend gefunden hat, als es die Welt glauben machen wollte. Es hat im Reich der Mikado den nicht mehr weiter zu entbehrenden Bundesgenossen gefunden.

Lübeck und Nachbargebiete.

Donnerstag, den 13. Februar.

Eine Arbeitslosenversammlung findet morgen, Freitag Nachmittag 3 Uhr im „Vereins-Hause“ statt. Das Erscheinen aller Arbeitslosen ist in ihrem eigenen Interesse dringend erforderlich. Auch die unorganisirten Arbeitslosen müssen zum Besuch dieser Versammlung veranlaßt werden!

Achtung, Parteigenossen! Um zu der am 18. März stattfindenden Erziehung im Kreise Rastenburg-Gerdauen-Friedland erfolgreich arbeiten zu können, ist es notwendig, daß im Kreise noch mehr Verbindungen geschaffen werden, wie die Königsberger Genossen bisher hatten. Wer deshalb Bekannte, Freunde und Verwandte in diesem Wahlkreise besitzt, von denen er annimmt, daß sie für die Arbeiterbewegung Interesse haben und geneigt sein werden, in irgend einer Weise die sozialdemokratische Agitation zu unterstützen und zu fördern, der sende die Adressen unverzüglich ein an Hermann Linde, Königsberg i. Pr., Knochenstraße 32.

Zeichen der Krise. Das Vorgehen verschiedener Unternehmer, welche die gegenwärtige schlechte Konjunktur zu Lohnherabsetzungen ausnützen, macht Schule. So ist seitens der Firma W. F. S. Beth, Waisenallee, den dort beschäftigten Schlossern ein Akkordabzug von 15 Proz. gemacht worden. Bemerkenswert ist, daß bereits seit Juni v. J. mit geringen Unterbrechungen nur 6½ Stunden täglich gearbeitet worden ist; die Arbeiter erleiden also in Anbetracht der verkürzten Arbeitszeit eine ganz erhebliche Einbuße. Öffentlich trägt auch dieses neuerliche Vorgehen des Herrn

Beth mit dazu bei, daß der Mehrzahl der dort beschäftigten Schlosser, welche noch nicht organisiert ist, die Augen geöffnet werden. Sie hielten es bisher nicht für nöthig, der Organisation beizutreten, da der Arbeitgeber unter seinen Arbeitern noch immer als human galt. — Die Ausnutzung der wirtschaftlichen Lage seitens des Herrn Beth macht noch insofern einen recht sonderbaren Eindruck, wenn man bedenkt, daß derselbe sich durch sein Geschäft ein ansehnliches Vermögen erworben hat, zu dessen Erwerbung auch die bei ihm beschäftigten Arbeiter ihr gut Theil mit beigetragen haben. Jetzt kommt der Dank des Herrn in der Lohnherabsetzung zum Ausdruck. Mögen sämtliche der Organisation noch fernstehende Schlosser der Firma Beth hieraus die richtige Lehre ziehen, und in Anbetracht des Umstandes, daß die Harmonie zwischen Kapital und Arbeit nur eine hohle Phrase ist, sich ihrer Organisation, dem Deutschen Metallarbeiterverband, anschließen, damit sie in der Lage sind, beim Eintritt günstigerer Verhältnisse diese Scharte wieder auszuweichen zu können.

Neue Arbeiterentlassungen sind seitens der Rorschenschen Schiffswerft am Mittwoch vorgenommen worden, indem 16–20 Mann Feierabend bekommen haben. Es handelt sich in diesem Falle um beim Meister Schacht beschäftigte Plazarbeiter. Diese Entlassung ist jedoch erst der Anfang; die Plazarbeiter haben zuerst alles aufgearbeitet, die anderen Branchen werden, wenn auch bei ihnen keine Arbeit mehr vorhanden ist, mit Arbeiterentlassungen folgen. So gehen auch die auf der Werft beschäftigten Arbeiter einer trüben Zukunft entgegen, wenn nicht neue Aufträge eintreffen sollten.

Der Zuzug von Schiffbauern, Schlossern, sowie überhaupt von Metallarbeitern nach Kiel ist streng fernzuhalten, da die Germania-Werft nachgewiesenermaßen Lohndrücker von auswärts zu importiren versucht.

Schiedsgericht für Arbeiterversicherung. Am letzten Mittwoch standen 7 Fälle zur Verhandlung. Der im Betriebe der Baudeputation beschäftigte Arbeiter M. erlitt am 30. September 1899 insofern einen Betriebsunfall, als er beim Vorübergehen an der Rammmaschine zufällig in dem Augenblick die Hand auf die Klamme legte, als der Väterunterlaufte. Er erlitt eine schwere Verletzung des kleinen Fingers der rechten Hand. Zunächst wurden im Krankenhaus die zerstückelten Knochen und Weichteile entfernt; da der Verletzte völlig erwerbsunfähig war, wurde ihm zunächst die Vollrente gewährt. Nachdem Dr. Pauli eine wesentliche Besserung der Hand festgestellt hatte, wurde die Rente im Oktober 1901 auf 60 Proz. herabgesetzt. Eine neuerliche Untersuchung zeitigte das Resultat, daß Verletztem auf Veranlassung von Dr. Pauli nur noch eine Rente von 33½ Proz. gewährt wurde. Die hiergegen eingelegte Berufung führte dahin, daß das Schiedsgericht die Rente auf 50 Proz. festsetzte. — In das Kammer einer Kammer geriet am 20. Juli 1901 im Betriebe von Bering der Arbeiter B. aus Moisling mit seinem linken Fuß. Bei diesem Unfall wurden ihm die Beine vollständig zerschneiden, was eine völlige Amputation derselben zur Folge hatte. Nach erfolgter Krankenhausbehandlung wurde dem Verletzten zunächst die Vollrente gewährt, welche jedoch auf Grund zweier Gutachten ab 1. Januar 1902 auf 30 Proz. herabgesetzt wurde. Auf eingelegte Berufung sprach das Schiedsgericht dem Verletzten antragsgemäß eine 50 prozentige Rente zu. — Gleichfalls im Betriebe der Firma Bering zog sich am 9. Juni 1901 der Arbeiter H. zu Moisling einen Bruch des linken Unterschenkels zu. Im Krankenhaus machte sich die Amputation des Unterschenkels nothwendig; er erhielt dann einen Stelzfuß. Zunächst wurde dem Verletzten die Vollrente als Uebergangsrente zugesprochen, die aber nach einem Monat auf 50 Proz. herabgesetzt wurde, da der Verletzte nach Ansicht des ihn begutachtenden Arztes leichtere Arbeiten verrichten könne. Hiergegen legte Verletzter Berufung ein mit der Begründung, daß es ihm noch unmöglich sei, Arbeit zu verrichten; sein Antrag lautete auf Gewährung der Vollrente. Das Schiedsgericht entsprach diesem Antrage. — In den übrigen 4 Sachen wurde die Einholung von Obergutachten beschloffen.

Arbeiterisiko. Auf den Lubecker Werken stanzte sich am Mittwoch Nachmittag die Stanzerin Ida Meier zwei Fingerippen der rechten Hand ab. Die Verletzte mußte sich sofort in ärztliche Behandlung begeben. — Erst vor einigen Wochen ereignete sich dort ein ähnlicher Unglücksfall; in den meisten Fällen werden ungelernete Arbeiterinnen in den ersten 6 Monaten ihres Dienstes davon betroffen. Da nun der Arbeiterinnenwechsel ein häufiger ist, so lassen sich derartige Unfälle sehr leicht erklären. Das Bekleben der Fabrikleitung müßte deshalb u. E. darauf gerichtet sein, diesen häufigen Wechsel zu vermeiden, dann werden sich auch derartige Unfälle wesentlich verringern.

Ein jugendlicher Straßenräuber scheint in der letzten Zeit wieder sein Handwerk in der Vorstadt St. Lorenz zu treiben. So wurden dieser Tage mehreren kleineren Kindern, welche von ihrer Mutter zum Einholen ausgehandelt waren, aus den Kördern allerdings nur geringfügige Geldbeträge entwendet. Mögen daher die Eltern auf der Hut sein!

Stadtheater. Aus dem Theaterbureau schreibt man uns: Am Freitag wird Fräulein Elisabeth Droste vom Stadtheater in Posen in der Partie der „Königin der Nacht“ (Banberföte) ein auf Engagement abzielendes Gastspiel eröffnen. Fräulein Droste, der ein glänzender Ruf von ihrer Thätigkeit in Posen her vorausgeht, ist bestimmt, in der kommenden Spielzeit das Fach der ersten Koloratsängerin anzuknüpfen.

pb. Kleine polizeiliche Nachrichten. Festgenommen wurde ein Kindermädchen von hier, welches seiner Herrschaft Kleidungs- und Wäschestücke, sowie eine größere Anzahl Schmuckgegenstände stahl. — Ermittelt und festgenommen wurden ein zugereister Schlachtergeselle, der einem in der Marlesgrube wohnenden Trödler einen getragenen Winterüberzieher, und ein fremder Maurergeselle, der demselben Trödler ein Paar getragene Herrenschuhtüfel stahl. — Festgenommen wurde ein Arbeiter aus Dersgenhof, der seitens der Großherzoglichen Amtsanwaltschaft in Wismar wegen Sachbeschädigung steckbrieflich verfolgt wird. — Festgenommen wurden am Dienstag 6 Personen wegen Bettelns und fünf Trunkenen.

Die Eishindernisse auf dem Elbe-Elbe-Kanal sind bereits derartige, daß die in Aussicht genommenen Expeditionen nach Hamburg, Magdeburg und Berlin bis auf Weiteres unterbleiben müssen.

Im Circus Variete wurde Mittwoch Abend zum ersten Male neben dem anderen Programm auch noch die Karnevalsrevue „Prinz Carnaval im Olymp“ aufgeführt, und zwar unter dem lebhaften Beifall aller Besucher. Die Szene, die durchaus den rechten karnevalistischen Ton trifft, ist höchst interessant; auch fehlt es in den einzelnen Vorträgen nicht an lokalen Anspielungen. Da bereits Sonntag die letzte Vorstellung stattfindet, muß sich beeilen, wer sie besichtigen will. Von heute, Donnerstag, ab, sind übrigens die Preise um die Hälfte ermäßigt worden, um jedem den Besuch zu erleichtern.

Kleine amtliche Nachrichten. In das Handelsregister ist die allgemeine deutsche Vieh-Versicherungs-Gesellschaft zu Lübeck mit dem Sitz in Lübeck eingetragen worden; der Gesellschaft ist vom Senat die Rechtsfähigkeit verliehen worden. Gegenstand des Unternehmens ist die Versicherung der Mitglieder gegen Verluste in ihren Viehbeständen. — Ferner ist eingetragen worden: a) bei der offenen Handelsgesellschaft Deede u. Goldmann in Lübeck: der Kaufmann F. D. M. Deede ist durch den Tod aus der Gesellschaft ausgeschlossen; b) die Firma Hedder J. Behm, Lübeck. Jubilar: F. J. Behm, Kaufmann, Lübeck. — Das Genossenschaftsregister weist bei der Vereinsmeierei Rasse, e. G. m. u. H. in Rasse, folgende Eintragung auf: F. J. W. Sarander in Rasse ist aus dem Vorstand ausgeschlossen und an seine Stelle der Hufner J. S. G. Dohrenbohn in Rasse in den Vorstand gewählt worden.

Schwartau. Durch Feuer total eingäschert wurde am Dienstag Abend 10 Uhr die in Gr. Parin gelegene Scheune des Hufners G. Dierck. In dem abgebrannten Gebäude, welches in seinem einen Theile als Wohnung für 2 Arbeiterfamilien diente, lagerten erhebliche Strohmenngen und Erntevorräthe. Nur mit dem Nothdürftigsten bekleidet, konnten sich die vom Feuer arg bedrängten Familien retten. Die aus Schwartau und Rensfeld herbeigeeilten Wehren mußten sich auf den Schutz des benachbarten Weichbedachten Gebäudes des Hufners Hilbrandt beschränken. Auch in diesem Falle vermuthet man Brandstiftung.

Aus der Arbeiterbewegung der Nachbargebiete. Die Mitgliederzahl des Sozialdemokratischen Vereins für den 2. Hamburger Wahlkreis betrug am Schlusse des Jahres 3539 gegen 3322 im vorhergehenden Jahre. Hiervon gehören 2129 Genossen ihrer Gewerkschaft an. Die Einnahmen beliefen sich auf 19412,56 Mk., die Ausgaben auf 18364,26 Mk.; hiervon sind 8000 Mk. an die Parteikasse in Berlin abgeführt, 3026,70 Mk. für landliche Agitation verwendet, 500 Mk. an die Agitationskommission in Neumünster gesandt worden.

Kleine Chronik der Nachbargebiete. Durch Großfeuer, das am Dienstag in der Schulstraße in Grabow nachts in dem Hause des Schuhmachermeisters Prinz zum Ausbruch kam und sich schnell ausbreitete, wurden auch die angrenzenden Häuser der Einwohner Gade und Köster eingeschert; auch mehrere Nebengebäude und Stallungen sind ein Raub der Flammen geworden. Die Entstehungsurache des Brandes ist noch nicht ermittelt. Ein Arbeiter, der in einem Hinterhause wohnte und bei Gelegenheit des Feuers auch seine Bettstellen in Brand setzen wollte, wurde dabei ertappt und sofort verhaftet. — Auf der Chaussee von Sternberg nach Sülten bemerkte ein Fuhrmann, wie aus einem Hause dichter Qualm herausströmte. Er schlug sofort ein Fenster ein und kam gerade noch zur rechten Zeit, um zwei Kinder, von denen ein 5-jähriges Mädchen schon schwere Brandwunden erlitten hatte, vom sicheren Tode zu retten. Das Feuer soll durch Spielen mit Streichhölzern entstanden sein. — Das Kriegsgericht in Kiel verurtheilte den Oberbootsmannsmaat Rabau zu 6 Monaten und 1 Tag Gefängniß, weil er den aus den Chinakämpfen bekannten Oberleutnant z. S. v. Krohn, der ihn wegen unterlassener Ehrenbezeugung zur Rede gestellt hat, beschimpft hatte und gegen ihn handgreiflich geworden war. — Der ausgeniesene Postbesitzer Finemann-Taarning (Nordschleswig) ist Mittwoch zurückgekehrt und verhaftet worden. Die gerichtliche Verhandlung findet Donnerstag statt. — In Nordschleswig erglückte 2 Knaben, die auf dem Eise einer Mergelgrube einbrachen. — Der Landrath des Kreises Ploen macht mobil gegen die von der landwirtschaftlichen Rechnungskammer in Berlin veranstalteten Vorträge über das Einkommensteuergesetz im Kreise. Die Amts-, Guts- und Gemeindevorsteher erhalten von ihrem Landrath die Mahnung, diese Versammlungen nicht zu besuchen. — Die Zustände im Armen- und Krankenhaus in Neumünster kamen Mittwoch wieder vor der Kieler Strafkammer zur Sprache. Frau Meßel, deren Sohn dort untergebracht war, hatte ihm neue Kleidung gebracht und wollte die alten Kleider, da sie voll Ungeziefer waren, zur Unternehmung nach Kiel bringen. Dieses Vorgehen der Kleider war als Diebstahl angesehen und die Frau unter Anklage gestellt worden. Die Frau wurde kostenlos freigesprochen. Die schon vor Jahresfrist in einer Verhandlung wegen Preßbeleidigung gegen unser Kieler Parteiorgan festgestellten Zustände im Armen- und Krankenhaus zu Neumünster haben sich, wie die Verhandlung lehrte, noch nicht verändert. Es bestehen dort noch dieselben ekelerregenden Verhältnisse wie früher. — In der Hamburger Bürgerschaft wurde Mittwoch die Beratung über den Antrag Stolten auf Errichtung einer Arbeiterkammer vertagt. — Der Gayen'sche Millionenprozeß, der vor dem Landgericht in Altona, wie s. Bt. berichtet, damit endigte, daß die Kläger mit ihren an den Erben des Hofbesizers Gayen, Konsul Th. Gayen, erhobenen Ansprüchen kostenpflichtig abgewiesen wurden, hat jetzt seine Erledigung gefunden. Der Prozeß ist nicht erst vor das Oberlandesgericht gekommen, sondern die Parteien haben sich gütlich geeinigt. — Die Bremer Bürgerschaft genehmigte den Antrag der Finanzdeputation, eine Anleihe entweder zu 30 Millionen, durch Ausgabe 3½prozentiger, oder zu 33 Millionen, durch Ausgabe 3prozentiger Staatsschuldenscheine, aufzunehmen. — Der Bremer Dampfer „Neptun“ landete Mittwoch die 29 Mann starke Besatzung des spanischen Dampfers „Guernica“, welcher am 10. Februar bei hohem Seegang im Ozean gesunken war.

Schönberg. Die Regierung will nicht. Bekanntlich war auf einer von Bürgern und Bauern zahlreich besuchten Herbstversammlung, in der die Abgeordnete Verfassungfrage besprochen wurde, eine Resolution des Inhalts an die Regierung gefaßt, daß dieselbe den dringenden Wünsche der Bevölkerung folgen und dem Landtage eine Gesetzesvorlage machen möge, wonach diesem statt der beratenden eine beschließende Stimme in Sachen der Gesetzgebung sowie das Recht zustehe, seinen Vorstehenden selbst zu wählen und die Geschäftsordnung zu regeln. Falls die Regierung Sorge trage, daß

ein solcher Gesekentwurf vorgelegt werde, so billige die Versammlung es, wenn die gewählten Hauswirts- und Bürgervertreter den Landtag nicht länger durch ihr Fernbleiben beschlußunfähig machen. Auf diese Resolution ist von der Landesregierung die Antwort eingetroffen, daß sie nicht gewillt sei, auf die gestellten Bedingungen einzugehen. Infolgedessen beschlossen die bürgerlichen und bäuerlichen Abgeordneten auch in diesem Jahre nicht zu erscheinen, so daß der Landtag wieder nicht beschlußfähig wird. — Auch in dieser Sache muß also erst der deutsche Reichstag ein kräftiges Nachwort reden. Wer diesen Moment bald herbeiführen will, der wähle zum Reichstag sozialdemokratisch.

Lübecker Stadttheater.

Cavalleria rusticana, Oper in 1 Aufzug von P. Mascagni und „Der Bajazzo“, Oper in 2 Akten von R. Leoncavallo. Mit zwei Werken hatte das musikalische Jungvolk am Dienstag in unserm Theater das Wort. Beiden Kompositionen ist in diesen Erstlingswerken jener große Wurf gelungen, der andern erst nach langem, langem Ringen lächelt, wenn die Sonne ihres Lebens meist schon einen bekräftigten Tiefstand einnimmt. Bei Mascagni und Leoncavallo heißt es für uns noch abwarten, abwarten, ob sie die in ihren schaurig-schönen Erstlingswerken erreichte künstlerische Höhe noch übertreffen werden, oder aber, ob das bisher Erreichte der einzige Sieg bleiben wird. Wenn wir jetzt noch kurz von der Aufführung zu sprechen haben, so thun wir dies mit dem Gefühl höchster Befriedigung. In der „Cavalleria“ sang Mimmi Willischauer die Santuzza. Eine dramatisch bewirkte Leistung hat diese fleißige Künstlerin! Nicht minder ansprechend war der Turiddu Sabelle's. Mit Geschick und Grazie spielte Elisabeth Schmidt die Lola. Eine Leistung, die merkwürdig aus dem Rahmen der Durchschnittsleistungen hervorsticht, war die von Franz Frank als Fuhrmann Alfio. — Im „Bajazzo“ konnte der Rolle des Tonio kein besserer Vertreter gegeben werden als Franz Frank. Von den Fähigkeiten und dem Ernste im künstlerischen Streben dieses Mannes scheint man jetzt wohl also wirklich überzeugt zu sein. Mit großer, aber großer Freude begrüßen wir es, daß dieser Künstler in der nächsten Zeit wieder mehr im Rampenlicht erscheint, als es noch kürzlich schien. Eine solche Säule, wie Franz Frank, braucht wahrlich nicht im Schatten zu stehen. Den Canio sang und spielte

Herr Contaneff als Gak, seine vorjährige Darstellung damit wieder in Erinnerung bringend. Hanna Lorenz gab die Nedda in bekannter Routine, Wilhelm Kruse den Silvio. Die Musikleitung beider Opern lag in den bewährten Händen des Herrn Weh's.

Agathe Foreta, Komödie in 3 Akten von Gertha Almers. Mittwoch Abend kam uns die Direktion, als hochwillkommene Abwechslung, wieder einmal „literarisch“. Sie brachte das Werk einer bisher uns noch unbekanntem Schriftstellerin erfrischend heraus, an sich schon ein literarisches Ereignis, besonders aber für Lübeck, wo immer erst das Aufgeföhrt wird, was anderwärts schon dreifach geachtet ist. Hinzu kommt noch, daß das neue Werk hochmodern ist. Ihn mit seinem dramatischen Epilog „Wenn wir Todten erwachen“, der vor längerer Zeit hier vom Heine Ensemble zur Darstellung gebracht wurde, hat bei der Komödie Gertha Almers' unzweifelhaft Gevatter gestanden. Ueberhaupt scheint die Dichterin eine fleißige Arbeiterin und auch — Nachempfinderin Soyens zu sein, nur mit dem Unterschiede, daß, während bei Soyens jeder Satz, jedes Wort aus der eisernen Nothwendigkeit herausgeboren wird, Gertha Almers noch viele Worte macht, die zwar schön klingen und in der Form vollendet sind — die Dichterin hat nicht umsonst Niepolds Sataphura hießt — in Wirklichkeit häufig aber nicht viel sagen. Kurz: es findet sich in dem Erstlingswerke Gertha Almers' noch viel hohle Deklamation. Immerhin aber ist die Komödie eine fleißige und höchst beachtenswerthe Arbeit; besonders im zweiten Akte, dem dramatisch am besten gelungenen, befindet sich die Dichterin durchaus auf der Höhe der Situation. Und der Inhalt? Ja, der läßt sich schwer, oder doch nur erst mit vielen Worten wiedergeben, denn es ist mehr Stimmungsmalerei und Seelenanalyse als Handlung in der Komödie. Nur so viel sei bemerkt, daß, ähnlich wie in Soyens „Wenn wir Todten erwachen“, auch in der neuen Komödie zwei Menschenkinder, die nach Befreiung aus ihrer unbehaglichen Lebensstellung ledigen, zu neuem Leben erwachen, als sie nach sechs Jahren wieder einander begegnen. Bis zu einem gewissen Grade hat es die Dichterin auch verstanden, aus den Wechselreden zwischen den beiden, zwischen dem Professor Römer und Agathe Foreta, nicht nur das ganze vor dem Drama liegende Leben der Beiden in voller Klarheit hervortreten zu lassen, sondern zugleich allmählich auch ihr Aufwachen zu schildern. — Die Aufnahme, welche die Komödie fand, war zwar freundlich, doch soll nicht verschwiegen werden, daß zum Schluß auch lebhaftes Rülchen den Beifall zeitweilig überdauerte. Nun will das zwar nicht allzu viel bejagen, denn Lübeck besitzt kein literarisches Publikum, und die Theaterdirektionen haben sich bisher auch noch keines anerzogen Es ist deshalb wohl möglich, daß

anderwärts die Almers'sche Komödie eine weit bessere Aufnahme finden wird; ja wir glauben es sogar sehr stark. Die Darstellung ließ so gut wie nichts zu wünschen übrig. Ellen Jenta gab als Agathe Foreta ihr Bestes; so lange sie auf der Szene stand, wurde es warm im Drama. Wir haben f. Bt ihre Nota bewundert und wollen ihr auch diesmal aus ehrlichem Herzen unsere höchste Bewunderung. So lieb uns die Künstlerin als Darstellerin ist, so wünschen wir ihr doch recht bald eine größere Wirkungsfähigkeit, wo ihr mächtig heranreifendes Talent sich endgiltig und voll entfalten kann; es wäre schade, wenn sie in der Provinz „versauern“ sollte. In Louis Zimmerer hatte sie einen im Großen und Ganzen würdigen Partner gefunden; kein Professor Römer war trefflich angelegt. Die Regie, Franz Donnó, hatte die Vorstellung mit großer Sorgfalt vorbereitet.

Das Arbeitersekretariat
Johannisstr. 46
ist geöffnet an Wochentagen von 12 bis 2 Uhr und von 6 bis 7 1/2 Uhr, Mittwochs Nachmittags geschlossen; an Sonntagen von 11 bis 1 Uhr.

Lübecker Marktpreise vom 12. Februar.
Bauern-Butter 1,10 Mk., Meierei-Butter 1,20 Mk., Hasen Eid. 3,00 Mk., Enten Eid. 2,30 Mk., Fühner Eid. 1,80 Mk., Käse Eid. — Mk., Lauben Eid. 0,60 Mk., Gänse Fld. 0,00 Mk., Fildgans 3.— Mk., Schweinekopf 0,45 Mk., Schinken Fld. 85 Pfg., Wurst Fld. 1,20 Mk., Eier 8 Eid. 60 Pfg., Kartoffeln 10 Liter 50 Pfg., Karpen Fld. 1.— Mk., Karaulchen Fld. 80 Pfg., Hechte Fld. 75 Pfg., Barsche Fld. 70 Pfg., Aal Fld. 1.— Mk.
Sterschanz-Viehmarkt. Hamburg 12 Februar
Der Schweinehandel wollte flau.
Jagdschütz wurden 450 Stck., davon vom Norden — 100 Silber — Stück. Preise Gengschweine — Mk. Verkaufschweine — 59 — 61 Mk. leichte 59 — 60 Mk., Sauen 52 58 Mk. und Ferkel 56 — 59 Mk. pr 100 Stck.

Zum 1. April 1. Etage, 3 Zim. u. Zubeh.
billig zu vermieten
Langer Lohberg 41.

Gesucht zum 1. April eine Wohnung, 2 gr. Zimmer, Küche u. Zubeh. i. d. Stadt oder vor'm Holstent. u. j. Seiten ohne Kinder i. Pr. v. 180 bis 200 Mk. Off. u. S. A. an die Exp. d. Bl.

Gesucht sofort ein junges Mädchen als Lehrling für mein Schnitzwaarengeschäft bei voller Beschäftigung und etwas Gehalt an Stelle einer Erkrankten.
J. Möllendorff.

Gesucht zu sofort ein Kaufmädchen außer der Schulzeit
Schwarzer Allee 33.

Wegen Aufgabe der Buch zu verkaufen
4 Kanarienvögelchen, 2 Hähne
Rebenhöfstraße 4-6.

Ein alleinstehendes Mädchen wünscht einen Knaben, 2 Jahr alt, in Kost und Pflege, ev. für eigen auszugeben. Offerten unter D F an die Exp. d. Bl. erbeten.

Durch günstige Gelegenheit verkaufe einen großen Posten Kinder- u. Herren- u. Damen-Hutzeug, Paar von 1 Mark an. 13 obere Mariesgrube 13.

Häuser- u. Gräber-Salon.
Sanbere Bedienung.
G. Koch, Wählenstraße 5.

Lilster Käse Fld. 60 Pfg.
(vorzüglich im Geiswack) empfiehlt
Th. Storm, Königsstr. 98.

Friedr. Paetau
27 Mühlenstraße 27
Pr. Kohlmühl, Grügwurft, Brodwurft, Prima Rippen, gepökelte Schwänze u. Pfoten.

Grosse Auction!
am Freitag den 14. Februar 1902
Nachmittags 2 1/2 Uhr
14 Hundestraße 14
Wer: 1 Kleiderkasten, 2 neue Sophas, Bettin und Bettstellen, 1 Kasten, Silber mit Kunst und Uhr, Spielzeuge mit 7 Platten, große und kleine Kochtöpfe, Seife, Herren- und Damen-Schnitzwaaren, Kunst-, Hand- und Kaffeebe, Tische, Uhren, molle Unterjacken, Jagdwesten, Mädchen-Hüte u. versch. z. Gen. u.
Joachim Ch. B. Schmehl,
Auctionator und Lagator.

Stabskapitän „Die Vertrauliche“ Lübeck
Die Kappe wird für das Rechnungsjahr 1902 vertretend durch die Vorstandsmitglieder:
J. W. H. Drach als verwalternde Vorsitzender
P. J. D. Stern
und P. M. C. Schöder als Erstermann im Behinderungsfall eines verwalternden Vorsitzenden.
Lübeck, den 12. Februar 1902.
Der Vorstand.

Märzfeier-Comitee.
Sonntag Morgen 10 Uhr.

Im Verlage der **Franck'schen Verlagshandlung, Stuttgart**, erscheint:
Behse's Illustrierte Geschichte des preussischen Hofes
des Adels und der Diplomatie vom großen Kurfürsten bis zum Tode Kaiser Wilhelms I., fortgesetzt von Behse redigiert.
Einzige umfangreiche, bis zur neuesten Zeit fortgeführte und unabhängig geschriebene Geschichte des preussischen Hofes.
Zu 30 Heften zu 50 Pfg. oder gebunden in 6 Abtheilungen à Mk. 2,50, oder nach Erscheinen in 2 feinen Geschenkbanden geb. Mk. 18,50 (auf Wunsch gegen Monatsraten zu Mk. 2.— bis Mk. 3.—)
Zu beziehen durch die **Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co.**
Johannisstraße 50.



Prinzessin Elise Radziwill, Jugendliebte Kaiser Wilhelms I.

Socialdemokratisches Reichstags-Handbuch
von Max Schippel, Mitglied des Reichstags.
Ein Führer durch die Zeit- und Streitfragen der deutschen Reichspolitik.
Für Jedermann unentbehrlich.
Erscheint in ca. 35 Lieferungen à 20 Pfg. und ist zu beziehen durch die **Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co.**
Johannisstraße 50.

Durch die Expedition des Lübecker Volkshoten ist zu beziehen:
Ferdinand Lassalle's
Reden und Schriften.
Neue Gesamt-Ausgabe.
Herausgegeben im Auftrage des Vorstandes der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands von **Ed. Bernstein.**
Vollständig in 3 Bänden. Zu beziehen in 50 Lieferungen à Mk. —.20.
Bandausgabe:
Band I: geheftet Mk. 2,50, in Leinen gebunden Mk. 3,— in Halbfranz gebd. (Leinwandgebunden) „ 4,—
Band II: geheftet Mk. 4,—, in Leinen gebunden in Halbfranz gebd. (Leinwandgebunden) „ 5,50
Band III: geheftet Mk. 3,50, in Leinen gebunden in Halbfranz gebd. (Leinwandgebunden) „ 5,—
Für Berücksichtigung der geistlichen Entwicklung und des Wesens der deutschen Sozialdemokratie ist diese Gesamt-Ausgabe unentbehrlich. Der erste Band ist mit einem Stahlporträt Lassalle's geschmückt.

D. M. V. Fest-Comitee
Sonnabend den 15. d. M., Abds 8 1/2 Uhr
Abrechnung vom Wintervergügen
im Vereinshaus, Johannisstr. 54/52
Achtung! Pastidiarbeiter! Mitglieder-Versammlung
am Freitag den 14. Februar
Abends 8 1/2 Uhr
im Vereinshaus, Johannisstraße 50/52.
Tages-Ordnung:
1. Bericht von der Generalversammlung.
2. Fragekasten und Verschiedenes.
Der Vorstand.

Circus Variété
Freitag, Sonnabend und Sonntag
Die letzten Vorstellungen.
Das humoristische Programm.
Neu!! Neu!!
Carneval im Olymp.
Fasnachts-Scherzspiel.
20 Mitwirkende
höchst originell.
Die Doppelhumoristen
Anfang des Concerts 7 1/2 Uhr.
Von heute ab zahlt jeder Besucher
on der Abreise
halbe Preise
(daher spottbillige Eintrittspreise).

Stadt-Theater
Freitag den 14. Februar. Anfang 7 1/2 Uhr.
114. Abon.-Vorst. 137. Vorst. 20. Freitag's-Abon.
Die Zauberflöte.
Sonnabend den 15. Februar. Anfang 7 Uhr.
138. Vorstellung. 24. Vorst. außer Abonnement.
Erste Schülervorstellung und Volksvorstellung bei ganz kleinen Preisen.
Die Hermannschlacht.
Drama in 5 Aufzügen von Heinrich v. Kleist.
Preise:
I. Rang Balkon und Loge Mk. 1,25
I. Parterre Mk. 1.—
II. Rang Balkon Mk. 0,75
II. Parterre Mk. 0,75
III. Rang Loge Mk. 0,60
Parterre Mk. 0,75
III. Rang Mk. 0,30
Gallerie Mk. 0,20

Zur Münberger Partei-Affaire.

In Sachen des Ausschlusses der Genossen Scherm, Herrmann, Eisinger und Speyerer sind über die Veranlassung vielfach irrige Meinungen aufgetaucht und häufig kommt die Auffassung zum Ausdruck, als handle es sich um eine fortlaufende Berichterstattung über Parteiangelegenheiten durch die vier Ausgeschlossenen an den freisinnigen „Fränk. Kurier“. Das ist jedoch nicht der Fall. Das Schiedsgericht, das in dieser Angelegenheit tagte, hat nur einen einzigen Fall festgestellt. Zum besseren Verständnis und zur Aufklärung von Irrthümern wollen wir die Vorgeschichte der unglückseligen Affaire kurz erzählen.

Im Jahre 1899—1900 wurde mit dem verstorbenen Genossen Dertel wegen Uebergabe der „Fränk. Tagespost“ an die Partei unterhandelt und die Sache war schon ziemlich weit vorgeschritten, als Dertel plötzlich im März 1900 wegen geistiger Erkrankung in eine Heilanstalt nach Bayreuth verbracht werden mußte, wo ihn am 4. April der Tod ereilte. Nach der Katastrophe wurde von verschiedenen Genossen gegen die Parteileitung der Vorwurf erhoben, daß sie das schlimme Ende Dertels verschuldet habe; nachdem die Parteileitung von ihm verlangt habe, daß er das Blatt abgeben solle, habe er seinen Ruin vor Augen gesehen und diese Ansicht habe seinen Geist umnachtet. Im „Fränk. Kurier“, der sich zum Verteidiger Dertels aufwarf, den er im Leben nicht genug hatte verleumden können, erschienen damals wiederholt Notizen, angeblich aus sozialdemokratischen Kreisen stammend, worin der Parteileitung, der Scherm, Eisinger und Herrmann angehörten, vorgeworfen wurde, daß sie Dertel durch ihr Vorgehen in Wahnsinn und Tod getrieben habe. Thatsächlich hatte aber die Parteileitung von vorausgegangenen Versammlungen den Auftrag und die Zustimmung zu ihrem Vorgehen erhalten. Am 10. April versammelte sich in dem Restaurant „Zu den drei Königen“ eine Anzahl unzufriedener Genossen, um darüber zu beraten, wie die Parteileitung zu beseitigen und durch andere Männer zu ersetzen sei. Es sollten 500 Unterschriften gesammelt werden, die notwendig waren, um die Einberufung einer außerordentlichen Generalversammlung verlangen zu können. Von verschiedenen Seiten wurde angerathen, die Aktion bis nach den Wahlen zu verschieben, dieser Vorschlag fand aber nur geringe Zustimmung, es wurde vielmehr beschlossen, ohne Rücksicht auf die im Gang befindlichen Wahlen vorzugehen. Ueber diese Zusammenkunft brachte der „Kurier“, wie er hinzufügte, „aus sozialdemokratischen Kreisen“, folgenden Bericht:

„Daß in der sozialdemokratischen Partei eine tiefgehende Verstimmung gegen die bisherige Parteileitung herrscht, ist eine Thatsache, welche die „Fränk. Tagespost“ zwar ableugnet, aber nicht aus der Welt schaffen kann. Es hat sich bereits eine Vereinigung von Sozialdemokraten gebildet, die die gegenwärtig fungierende Parteileitung beseitigen und an deren Stelle andere Männer setzen will. Am Dienstag Abend tagte diese Vereinigung in der Restauration „Zu den drei Königen“ unter dem Vorsitz des Genossen Paul Krauß. Der Referent, Genosse Enßner, der in einem Vortrage die gegenwärtige Lage der Partei schilderte, kam zu dem Schlusse, daß mit der gegenwärtigen Parteileitung gründlich aufgeräumt werden müsse. Hauptsächlich müßten die Genossen Eisinger und Herrmann beseitigt werden. Genosse Spörl stimmte dem Vorredner in allen Punkten bei, ebenso der Genosse Gutmann. Nachdem noch Genosse Muskat zu raschem und rücksichtslosem Vorgehen aufgefordert hatte, wurde beschlossen, eine außerordentliche Generalversammlung des Soz. Vereins zu beantragen und in derselben den Genossen Spörl als den Vorsitzenden und den Genossen Enßner als Parteisekretär vorzuschlagen. Die weitere Fassung der Beschlüsse wurde bis zur nächsten Sitzung vertagt. Von einigen Rednern wurde gewünscht, bis nach den Wahlen zu warten, allein diese drangen mit ihrer Meinung nicht durch.“

In der „Fränk. Tagespost“ wurde es darauf scharf getabelt, daß die betreffenden Genossen es ablehnten, die weitere Beschlüßfassung bis nach den Wahlen zu verschieben, und daß sie ihren Berichtsbericht dem schmutzigsten aller Blätter, dem Kurier, zugesandt hätten. Den Herren vom Kurier müsse das Herz im Leibe lachen, wenn sie fortgesetzt Konstatieren könnten, daß eine kleine Clique fortgesetzt auf das Eifrigste bemüht sei, Zwietracht im sozialdemokratischen Lager zu säen, und dadurch die Wahlgeschäfte des Gegners besorge. Hier an der Zusammenkunft beteiligte Genossen: Muskat, Enßner, Spörl und Krauß, erklärten in der „Tagespost“ den Bericht, soweit er ihre Personen betraf, für wahrheitswidrig, und verwahrten sich dagegen, daß sie an der Einberufung beteiligt seien. In der Hauptsache aber, so weit das Resultat der Sitzung in Frage kommt, entsprach der Bericht den Thatsachen. Muskat sagte in seiner Erklärung, daß die Sitzung eine geheime, vertrauliche gewesen sei, er sei, entgegen dem Kurierbericht, mit seiner Ansicht, bis nach den Wahlen zu warten, nicht durchgedrungen. Aus Enßners Erklärung ist zu bemerken, daß mit Rücksicht auf den inzwischen erschienenen Kurierartikel von weiterem Vorgehen abgesehen wurde. Die Bewegung zur Sammlung von Unterschriften verlief dann im Sande.

Diese Kuriernotiz nun ist, wie das Schiedsgericht festgestellt hat, von den Genossen Herrmann, Eisinger, Scherm und Speyerer gemeinsam abgefaßt und in den Kurier lanciert worden, nachdem einer von ihnen den Namen eines anderen Parteigenossen herunter gesetzt hatte. An der erwähnten Zusammenkunft hatte der Genosse Wertmüller theilgenommen, der am anderen Tage Speyerer und Eisinger den Verlauf erzählte. Die beiden versetzten nun auf den Gedanken, dem Kurier einen Bericht über die Opposition zu senden, um dadurch die Opposition zu zersprengen und anschaßlich zu machen. Sie setzten ein Konzept auf, welches sie Herrmann und Scherm vorlegten. Nachdem der Artikel entprechend redigiert, nahm ihn Herrmann mit sich, ließ ihn abschreiben und sandte ihn dem Kurier zu. Dies der Sachverhalt, wie ihn das Schiedsgericht feststellte. Die Angeklagten verteidigten ihre Handlung damit, daß sie im Parteinteresse gehandelt hätten, da sich die Partei damals in einer sehr schwierigen Lage befand. Die gegnerische Presse, besonders der Kurier, habe häufig Angriffe gegen die Parteileitung gebracht, die offenbar nur auf Mittheilungen aus Parteikreisen beruhen konnten, so daß die leitenden Genossen sich völlig unsicher fühlten. Nachdem die Erwählung vor der Thüre standen, hätten sie zu diesem Mittel gegriffen, um die Opposition zu zersprengen und die Partei vor Zersplitterung zu bewahren.

Das Schiedsgericht verkannte nicht, daß sich die Partei zu jener Zeit in einer äußerst schwierigen Lage befand, und gab auch zu, daß das Vorgehen der unzufriedenen Parteikreise, die noch vor der Wahl eine Aktion ins Werk setzen wollten, um die Parteileitung zu stürzen, zu einer Gegenaktion herausforderte. Aber wenn man auch annehme, daß die vier Genossen im Parteinteresse zu handeln glaubten, so sei doch noch nicht die Anwendung eines so verwerflichen Mittels, wie es der Kurierartikel sei, zu rechtfertigen. Das Parteinteresse sei übrigens nicht identisch mit dem Interesse der augenblicklich an der Parteileitung befindlichen Personen. Die Handlungsweise der vier Genossen habe der Partei nicht genützt, sondern ihr vielmehr geschadet und müsse entschieden verurtheilt werden.

Der Schiedspruch wurde einer Parteiaussschussung vorgelegt, die dann beschloß, der Generalversammlung den Ausschluß der Verheiligten vorzuschlagen. („Sächs. Arb.-Ztg.“)

Soziales und Parteileben.

Streiks und Lohnbewegungen. Die „Greizer Ztg.“ schreibt: Die in auswärtigen Blättern verbreitete Nachricht, daß in Greiz in mehreren großen Webereien ein Aus-

stand ausgebrochen sei, ist falsch. Nur in einer mechanischen Weberei sind am Montag Arbeiter in den Ausstand getreten. Der Fabrikanten-Verein hat darauf eine Erklärung erlassen, daß sämtliche Fabriken am Donnerstag früh gesperrt werden, wenn die Arbeit am Mittwoch Mittag nicht wieder aufgenommen wird. Dienstag haben vor dem Gewerbesonntag Verhandlungen stattgefunden, die Mittwoch fortgesetzt werden sollten. — In Basel stehen die Buchdrucker in einer Lohnbewegung. Ihre den Prinzipalen eingereichten Forderungen beantworteten die Herren mit einem von ihnen „revivierten besonderen Tarif“, der in einer Gesammterversammlung große Erregung hervorrief und zurückgewiesen wurde. Die Lohnkommission erhielt den Auftrag, mit den Prinzipalen in neue Verhandlungen einzutreten. — In Lausanne und Davos sind im Schneidergewerbe zwischen Gehülften und Meistern Konflikte ausgebrochen.

Neue Opfer der wirtschaftlichen Krise. Die „Gewerkschaftlich-maschinelle Maschinenwerkstatt“ bereitete am verfloffenen Sonntag ihrer Arbeiterchaft eine Carnevals-Überrauschung und zwar durch Kürzung der Arbeitszeit, Lohnrückzahlung und Arbeiterentlassung. Die Gewerkschaft macht durch Anschlag bekannt, daß von Montag ab statt der bisherigen 10stündigen eine 8stündige Arbeitszeit eingeführt wird. Außerdem wird das Schichtgeld bis zu 1,50 Mk. um 10 Pf., bis 2,50 Mk. um 20 Pf. und über 2,50 Mk. um 30 Pf. gekürzt. Gleichzeitig ist etwa 20 Schloßern, 6 Eisenbrechern, 14 Schmieden, 11 Gießern und 3 Tischlern die Arbeit gekündigt, so daß dieselben also in 14 Tagen entlassen werden. Daß die Arbeiter nur der Spielball des Kapitals sind, kommt auch hier wieder zum Ausdruck.

Die 6. Generalversammlung des Verbandes der Maschinisten und Geizer Deutschlands findet am 30. und 31. März d. Jz. zu Magdeburg im „Bürgerhaus“, Stephansbrücke, statt. Der Verband, welchem z. Bt. ca. 6500 Mitglieder angehören, will ähnlich dem Vorgehen anderer Gewerkschaften für seine Mitglieder ebenfalls eine Arbeitslosen-Unterstützung einführen; außerdem soll eine Reorganisation stattfinden, wonach die verschiedenen Vereine und Filialen in Zahlstellen umgewandelt werden, unter angemessener Erhöhung und Einführung von wöchentlichen Beiträgen. Sitz des Verbandes ist in Berlin SO. 33.

Vom Buchdrucker-Verband. Gleich den Metallarbeitern gedenkt der Buchdrucker-Verband eine eigene Druckerei zur Herstellung des dreimal wöchentlich erscheinenden Verbandsorgans, des „Correspondent“, zu errichten. — Vom Verbands wurde im vergangenen Jahre an Unterstützungen gezahlt: Reiseunterstützung 244 822 Mark, für 218 708 Reisetage. Im Jahre 1900 waren es 156 320 Mk. und 151 578 Reisetage. An Ortsunterstützung wurde im Jahre 1901 gezahlt 513 853 Mk. für 349 982 Tage gegen 267 136 Mk. für 182 397 Tage im Jahre 1900. Die Gesamtsumme herausgab im vergangenen Jahre gegen das Jahr 1900 betrug also 335 201 Mark für 234 715 Tage, die die Mitglieder mehr arbeitslos waren als im Jahre 1900. Auch aus diesen Ziffern ersieht man die rapide Zunahme der Arbeitslosigkeit, aber auch die finanzielle Leistungsfähigkeit des Verbandes. Wie viel Glend gäbe es ohne die Unterstützungsanstaltungen der Gewerkschaften mehr auf der Welt!

Gründung eines Frauen-Genossenschaftsblattes. Die Großeinkaufs-Gesellschaft Deutscher Konsumvereine wird vom 1. April an ein „Frauen-Genossenschaftsblatt“ herausgeben. Das Blatt erscheint in einer bereits gefixierten Auflage von 80 000—100 000 Exemplaren und wird von den Konsumvereinen den Mitgliedern gratis zur Verfügung gestellt. Das „Frauen-Genossenschaftsblatt“ wird eine achtseitige Halbmonatsschrift genossenschaftlichen und belletristischen Inhaltes sein. Die Administration und Redaktion liegt in den Händen der Schriftleitung der Großeinkaufs-Gesellschaft Hamburg, Pichhusen 5.

Duell und Ehre.

Von Friedrich Thieme.

1. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.)

Lothar hatte sich an das ihn und sein Schicksal umschwebende Geheimniß im Laufe der Jahre gewöhnt, trotzdem grübelte er des öfters im Stillen darüber nach, wer wohl sein Wohlthäter sein und was für Beweggründe er haben könne, an ihm, dem Fremden, alle Pflichten eines Vaters zu erfüllen. Er blieb sich auch stets seiner Verantwortung dem edlen Manne gegenüber bewußt; die Wohlthaten desselben bildeten für ihn einen nie versagenden Ansporn zu Fleiß und Thätigkeit. Man hat sich, sagte sich der junge Mann, Deiner in der guten Meinung angenommen, daß Deine Gabe und Dein Verhalten der Förderung werth sind, und diese gute Meinung zu rechtfertigen, bist Du nicht nur Deinem Wohlthäter gegenüber verpflichtet, sondern jedem anderen begabten armen Knaben, der sich in gleicher Lage befindet und keinen so selbstlosen Protektor gefunden hat wie Du. Ihm gegenüber mußt Du Deine Würdigkeit ganz und voll erweisen, wenn die gute That Deines Beschützers nicht zu einem himmelschreienden, an würdigeren Menschen als Du begangenen Unrecht herabsinken soll.

Mehrere Jahre verfloßen dem Jüngling pfeilgeschwind im Reiz des ungebundenen studentischen Treibens, als plötzlich — er war damals 22 Jahre alt und stand dicht vor dem Examen — ein Ereigniß zwischen ihm und seine Pflicht sich drängte, das über ihn kam jäh und unerhofft wie eine Krankheit und seine Seele in ihren Tiefen aufrüttelte. Seines Versprechens eingedenk, war Lothar, um jeder Veranlassung zu irgend einem Rentontre aus dem Wege zu gehen, seiner schlagenden Verbindung beigetreten, sondern nur einem akademischen Gesangsverein, auch hielt er sich von den lärmenden Festmählungen seiner Genossen meist fern, ohne deshalb harmlose Vergnügungen zu meiden. Vor

allem besuchte er mit Leidenschaft die Konzerte der wirklich vorzüglichen Stadtkapelle, denn Musik und Gesang zählte vor Jugend auf zu seinen liebsten Unterhaltungen.

Eines Abends saß er stillvergnügt im Konzertgarten, in lebhafter Unterhaltung mit einigen Kommilitonen begriffen. Ein anderer Student, die Mühe in fast unmöglichkeitiger Lage auf dem Kopfe, das dreifarbige Band herausfordernd auf der Brust hängend, schwankte laut vor sich hin singend an dem Tische vorüber, an dem Lothar saß, verächtlich stieß der hoch bezeugte Bursche an seinen Stuhl, den er fast über den Haufen riß, grinsten den sich nach ihm umschauenden Lothar höhnisch an und ging weiter.

Lothar kannte ihn, er stammte aus derselben Stadt und war einer seiner Mitschüler aus dem Gymnasium, schon zu jener Zeit wegen seiner bösen Zunge und wegen seines rüben Auftretens unter Lehrern und Schülern verächtigt. Mit knapper Noth dem Schicksal des Davongejagtwerdens entgangen, trieb es der Gesell unter dem Schirm der akademischen Freiheit toll genug, er war ein ausgezeichnete Schläger und Schütze, hatte schon zahlreiche Duelle hinter sich und war wegen seines herausfordernden, von trauriger Renommisterei erfüllten Benehmens allgemein unbeliebt, selbst im Kreise seiner Verbindungsbrüder. Lothar selber unterhielt keinerlei Verkehr mit ihm, sie grüßten sich auf der Straße, wenn sie sich trafen, das war alles.

Anständigerweise hätte der Student sich wenigstens entschuldigen müssen, sein höhnisches Aufsehen konnte eher für das Gegentheil gelten. Lothar warf ihm einen unwillkürlichen Blick zu, enthielt sich aber jeder kritischen Bemerkung, weil er einerseits wohl erkannte, daß Horbach — so hieß der Störenfried — scharf geladen hatte, und andererseits mit dem frechen Burschen auch nichts zu thun haben wollte, weder im Guten noch im Bösen.

Wochte dem Anderen die Passivität des von ihm Angeempelten verbrießen oder lediglich der durch den Alkohol entfachte Uebermuth ihn fächeln, genug, nachdem er sich etwa

zwanzig Schritte entfernt, blieb er stehen und kehrte dann pfeifend, als sei es ihm um eine bloße Promenade zu thun, auf derselben Bahn, die er vorher eingehalten, zurück. Als er wiederum an seinem Freunde vorüber mußte, stellte er sich von neuem an, als stolperte er über dessen Stuhl, was ihm deswillen möglich war, weil Lothar einen Eckplatz inne hatte und auf der ihm benachbarten schmalem Seite der langen Tafel sich überhaupt kein Stuhl befand.

Diesmal war die böse Absicht auch ohne das hämische Gelächter des Burschen nicht zu verkennen. Lothar, von gerechtem Unwillen und von Eitel erfüllt, durfte die Beleidigung nicht hinnehmen, ohne wenigstens seiner Entrüstung Ausdruck zu geben.

Er that es mit den Worten, es sei doch wirklich eine Unverschämtheit, sich in einem öffentlichen Konzert derart zu benehmen.

„Horbach, der sich schon einige Schritte entfernt hatte, kehrte sofort wieder um.“

„Was beliebt?“ fragte er drohend mit herausfordernder Miene.

Lothar wiederholte seine Bemerkung; es wäre freigegeben, wenn er es nicht gethan hätte. Sie barg im Grunde noch eine milde Rüge der durch nichts provozierten Handlungsweise des Halbbrunnen in sich.

Während fuhr aber der Bursche ihn an: „Wer kann mir verwehren zu thun, was ich will? Selber unverschämter, verstanden? Ich bin mein eigener Herr und studire für mein eigenes Geld — ich lebe nicht von anderer Menschen Barmherzigkeit, wie gewisse Leute.“

Lothar war aufgestanden. — Nun stand er dem unverschämten Gesellen gegenüber und sah ihn furchtlos aus seinen blauen Augen an.

„Herr Horbach, ich will diese ebenso lächerlichen als ungebührlichen Worte Ihrem Zustande zu gute halten. Morgen werden Sie —“

Horbach unterbrach ihn frech.

